



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

2. Halbamtlliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes in der Deutschen
Allgemeinen Zeitung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

IV

Nach der Enthüllung

Nr. 1

**Erklärung früherer bayerischer Minister
vom 25. November**

Amtliche Pressemitteilung

Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag heute folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister von Thelemann, von Breunig und von Knilling vor:

„Wir erklären hiermit, dass wir von dem gestern durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhielten oder hatten.“

Dieser Erklärung hat sich auch der frühere Verkehrsminister von Seidlein angeschlossen. Der Ministerrat hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Nr. 2

Halbamtliche Mitteilung des Auswärtigen AmtesDeutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 600

25. November 1918

Die amtliche Korrespondenz der bayerischen Republik veröffentlichte gestern Auszüge aus den Gesandtschaftsberichten, die der ehemalige Bevollmächtigte Bayerns beim Bundesrat, Graf Lerchenfeld, von Berlin aus in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges an seine Regierung gesandt hat. Die Veröffentlichung entspringt der Absicht der jetzigen bayerischen Regierung, über die Vorfälle, die zum Kriege führten, und über die persönliche Schuldfrage dem deutschen Volke rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. In diesem ernstesten Willen wird sie nicht nur von allen Schichten des Volkes selbst, sondern auch von der jetzigen Reichsregierung unterstützt, die unseres Wissens ebenfalls mit einer zweifelfreien dokumentarischen Geschichte der Entstehung des Krieges aus den Akten des Auswärtigen Amtes beschäftigt ist.

4*

Bei dieser Sachlage muss es fraglich erscheinen, ob eine bruchstückweise Veröffentlichung von Dokumenten der Absicht, einer vollen Aufklärung zu dienen, geeignet ist. So wenig der neue Kurs in Deutschland Anlass hat, irgend etwas zu vertuschen oder Schuldige zu decken, so wenig kann er seine Aufgabe darin erblicken, einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen und unter Freisprechung der imperialistischen Entente politik das geschichtliche Urteil vorzeitig dahin festzulegen, dass Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage.

Aus den Berichten des Grafen Lerchenfeld scheint nun das eine deutlich hervorzutreten, dass die deutsche Regierung, entgegen ihren Behauptungen, die österreichisch-ungarische Note an Serbien zwar nicht wörtlich, wohl aber inhaltlich bereits am 18. Juli 1914, also eine Woche vor ihrer Überreichung in Belgrad, gekannt hat, und dass sie wusste, dass „Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen“ konnte. Aus seinen Unterhaltungen mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn Zimmermann, hatte Graf Lerchenfeld den Eindruck, dass die deutsche Regierung entschlossen war, Österreich-Ungarn zu einer Auseinandersetzung mit Serbien zu ermutigen und ihm dabei selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin Blankovollmacht zu geben, weil sie überzeugt war, dass die fortschreitende Zersetzung der Nationalitäten im Habsburgischen Reiche dieses bald aktionsunfähig machen würde.

Im übrigen bezieht sich der Inhalt der Lerchenfeldschen Berichte auf die Meinungen und Spekulationen, von denen die deutschen führenden Staatsmänner (genannt ist nur Herr Zimmermann) in bezug auf den Verlauf der Krise und die vermutliche Haltung der Entente beherrscht wurden. Es scheint daraus hervorzugehen, dass man in Berlin verhängnisvollerweise annahm, der gutartige Verlauf der bosnischen Krise von 1908 werde sich wiederholen und Österreich-Ungarn mit dem gestärkten politischen Ansehen, dessen es bedurfte, daraus hervorgehen.

Die Veröffentlichung der Münchener Regierung, die wir aus dem oben angegebenen sachlichen Grunde bedauern, hat naturgemäß dort das grösste Aufsehen erregt, wo man die relative Bedeutung dieser bruchstückhaften Wahrheiten nicht erkennen kann oder nicht erkennen will. Es kann auch nicht ausbleiben, dass das feindliche Ausland und parteiische neutrale Stimmen sich des gebotenen Stoffes bemächtigen, um in der Schuldfrage ein endgültiges Urteil zu Lasten Deutschlands zu sprechen. Im Namen der Wahrheit legen wir dagegen Verwahrung ein. Es soll rücksichtslos volle Klarheit geschaffen werden. Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar erwiesen hat, ist die neue deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld trifft. Das ganze Gleichgewicht der historischen

Wahrheit jedoch wird erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden. Um aber zu verhüten, dass unzulängliche Enthüllungen in diesen Prozess der historischen Gerechtigkeit störend eingreifen, möchten wir hoffen, dass die zusammenfassende Darstellung der Ursachen des Weltkrieges durch die deutsche Regierung tunlichst beschleunigt werde.

Nr. 3

Amtliche Mitteilung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 600

25. November 1918

Die bayerische Gesandtschaft teilt hierdurch mit, dass der erste der gestern veröffentlichten bayerischen Gesandtschaftsberichte nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern von Dr. Hans von Schoen abgefasst ist.

Nr. 4

Entgegnung Bethmann Hollwegs

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 603

27. November 1918

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärt einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung folgendes:

Ich bin dankbar, dass Sie mir Gelegenheit geben, mich zu den bayerischen Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges zu äussern. Ich habe ein mindestens ebenso grosses Interesse daran, die Wahrheit festzustellen, wie die bayerische Regierung. Mir scheint aber, dass, wenn man der Wahrheit dienen will, man nicht Bruchstücke herausgreifen und aus Ihnen Gesamtfolgerungen ziehen darf, wie es, soweit ich sehe, ein Teil der Presse schon tut.

Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation, noch die Vorgänge, welche sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben.

Lassen Sie mich die entscheidenden Linien bezeichnen, soweit das in einem kurzen Gespräch und ohne die Zuhilfenahme von Aktenmaterial möglich ist.